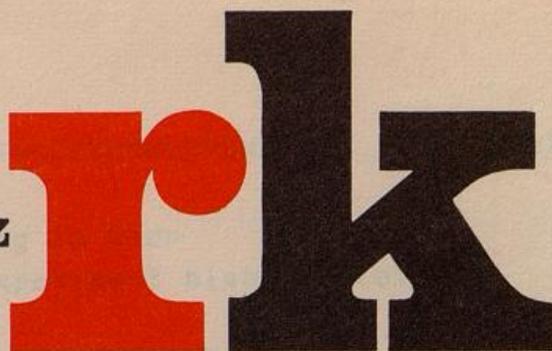


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Dienstag, 26. Juni 1984

Blatt 1438

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat  
(rosa) Hochseeschiff ist am Donnerstag in Wien  
Neue Straßenbahntriebwagen mit ausfahrbaren Stufen  
Mehr Kleingärten im Blumental  
Schieder: Staustufe Wien bleibt unverändert

Lokal: Zehn Jahre Dianabad  
(orange)

Nur über FS: Betriebsstörung auf der U 4  
Jogger von Straßenbahn niedergestoßen

Hochseeschiff ist am Donnerstag in Wien

Utl.: Vom Rhein zur Donau - Experiment bisher Erfolg

=++++

2 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Das deutsche Hochseeschiff MS "Osteteam", mit dem der Versuch eines direkten Donau-See-Verkehrs unternommen wird, ist bereits in Ungarn und wird am Donnerstag gegen Mittag im Wiener Hafen eintreffen.

Die MS "Osteteam" hat eine lange Reise hinter sich. Das Schiff fuhr am 19. Mai in Duisburg ab und erreichte über Rhein und Schelde - am 21. Mai war es in Antwerpen - die Nordsee. Am 30. Mai machte "Osteteam" Zwischenstation in Lissabon, nahm am 8. Juni im westspanischen Hafen Tarragona Ladung auf, die es nach Istanbul brachte.

Am 18. Juni verließ die "Osteteam" den türkischen Hafen, fuhr durch den Bosphorus, passierte am 20. Juni die Sulina-Mündung der Donau und trifft heute, Dienstag, in Budapest ein.

Die MS "Osteteam", deren Heimathafen Hamburg ist, hat eine Länge von 92,40 m und eine Breite von 11,47 m. Der maximale Tiefgang beträgt 4 m, bei der vorgesehenen Ladung von rund 1.200 t taucht das Schiff 2,50 m tief ein.

Auf der Donau hat das Schiff Lotsen an Bord, seit Istanbul fährt ein Kapitän der DDSG als Berater mit.

Eine der beiden Schlüsselstellen auf der Donau, die Eisenbahnbrücke bei Novisad (Jugoslawien) konnte problemlos passiert werden, die Furth Orth I in Österreich wird beim derzeitigen Wasserstand keine Schwierigkeiten bereiten. Der Pegelstand Wien-Reichsbrücke betrug am Montag 2,66 m, für heute sind 2,75 m vorausgesagt. (Schluß) wh/gg

NNNN

## Zehn Jahre Dianabad

Utl.: Kleines Fest am 28. Juni

=++++

9 Wien, 26.6. (RK-LOKAL) Zehn Jahre alt wurde das Dianabad jetzt im Juni. Als kleines Geburtstagsgeschenk für das 1974 eröffnete und damals modernste Hallenbad Wiens gibt es am Donnerstag, dem 28. Juni, von 16 bis 20 Uhr ein Bäderfest beim Dianabad im 2. Bezirk, Lilienbrunnngasse 7 - 9, mit Stadtrat Peter SCHIEDER und Meinrad NELL, mit einem Bäderspiel, bei dem es attraktive Preise zu gewinnen gibt, mit Musik und Informationen über die städtischen Bäder der Bundeshauptstadt.

Das Dianabad selbst kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Bereits 1804 wurde auf dem Platz des heutigen Dianabades das "Leopoldstädter Bad" eröffnet. Im Jahr 1810 übernahm es die Dianabad-AG von den privaten Besitzern. 1842 entstand die gedeckte Schwimmhalle, die im Winter ein beliebter Ball- und Konzertsaal war. In dieser Halle erklang bei einem Faschingsball des Männergesangsvereins erstmals der Donauwalzer von Johann Strauß.

Die baufällig gewordene Schwimmhalle mußte dann 1913 einem Neubau mit Hotel weichen - dieses neue Dianabad besaß zwei Schwimmhallen, eine Wellenmaschine und eine angeschlossene Kuranstalt. In den letzten Kriegstagen 1945 wurde das Hotel vollständig zerstört und das Bad selbst ebenfalls beschädigt. Von diesen Schäden konnte sich der Betrieb nicht mehr erholen, 1965 wurde das Bad schließlich abgebrochen. Die Privatgesellschaft Dianabad-AG war jedoch nicht mehr an einem Neubau interessiert. So sprang die Stadt Wien ein, die das Areal erwarb. 1969 genehmigte der Gemeinderat den Neubau des Dianabads, 1974 wurde das um 204 Millionen errichtete neue Bad fertig. Eine zwölf Meter hohe Schwimmhalle, Dampf- und Saunabäder, insgesamt vier Becken, geheizte Sitzpyramide und Wärmebänke in der Schwimmhalle und zahlreiche weitere Attraktionen machen das neue Dianabad zum beliebten Freizeitzentrum. (Schluß) hs/gg

NNNN

Neue Straßenbahntriebwagen mit ausfahrbaren Stufen

=++++

10 #Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) In einer Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie nahm Montag abend Stadtrat Johann HATZL zu einem Antrag der ÖVP Stellung, in dem Vorkehrungen für ein leichteres Einsteigen für ältere Personen in Straßenbahnen gefordert wurden. Dem eingebrachten Antrag wird insofern entsprochen, als alle neu zu bauenden Triebwagen mit ausfahrbaren Stufen ausgestattet werden, stellte Hatzl fest. Diese Verbesserung erleichtert vor allem älteren Personen das Einsteigen in Straßenbahnzüge. Ein Umbau der in Betrieb befindlichen Garnituren wäre zwar technisch möglich, führte Hatzl weiter aus, sei jedoch auf Grund der hohen Kosten wirtschaftlich nicht vertretbar. Die Ausstattung eines Gelenktriebwagens mit ausfahrbaren Stufen würde nahezu 600.000 Schilling, die eines Beiwagens etwa 500.000 Schilling erfordern und Gesamtkosten von mehr als 400 Millionen Schilling verursachen. # (Schluß) lei/ko

NNNN

## Mehr Kleingärten im Blumental

=++++

11 #Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Mehr Kleingärten soll es im "Blumental" in Inzersdorf geben. Das sieht der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes vor. Er liegt vom 28. Juni bis 26. Juli während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Tür 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. #

Das Plangebiet befindet sich am südöstlichen Abhang des Wienerberges und grenzt an die bestehende Kleingartenanlage "Blumental". Es ist rund zwei Hektar groß und wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Die nun geplante Widmung bildet eine Abrundung des Kleingartenareals in diesem Bereich. (Schluß) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

5 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Die am Montag abend unterbrochene Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde am Dienstag mit den Beratungen über den Rechnungsabschluß 1983, Kapitel Bildung, Jugend und Familie, fortgesetzt.

Aufgabe der Bildungspolitik sei es, erklärte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu humanisieren und geistig zu bewältigen. Eine zielstrebige Bildungspolitik müsse sich stets um ihre eigene Reform bemühen, damit Ziele, Formen und Methoden der Erziehungsaufgabe den Anforderungen der Gegenwart gerecht werden können. Die Prioritäten der Arbeit liegen demgemäß, betonte Fröhlich-Sandner, auf der

- o intensiven Stützung und Förderung der Familie, dem
- o Ausbau der Servicefunktionen und dem Abbau von Maßnahmen mit bevormundendem Charakter
- o und der Verstärkung vorbeugender und ambulanter Maßnahmen.

Die Forderung nach verstärkter Integration Behinderter in die Gesellschaft und der Wunsch nach Abschaffung von Sondereinrichtungen dürfen das Bemühen, dem behinderten Kind die besten Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern, nicht im Wege stehen. Eine entsprechende Betreuung sei deshalb in diesem Bereich ebenso notwendig, wie im Bereich der Arbeit mit Jugendlichen. Die Jugendlichen als eigene, gesellschaftlich relevante Gruppe mit selbständigem "Wir-Bewußtsein" und einer eigenen Kultur seien immer schärferen Widersprüchen im Verhältnis zu ihrer Umwelt ausgesetzt. Die soziale Randgruppenarbeit, egal, ob es sich um milieugeschädigte, arbeitslose, drogengefährdete, behinderte Jugendliche oder um Gastarbeiterkinder handle, sei Hilfe zur Selbsthilfe durch Integration in die große Gruppe der stabilen und aktiven Jugendlichen. Der oberflächliche Eindruck, Jugendzentren seien nur ein Ort, an dem man Freizeit halbwegs annehmbar verbringen könne, sei deshalb falsch. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

6 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Solide Basis für die Erfolge auch im Fremdenverkehr sei nicht die Anbietung charmanter Gemütlichkeit, sondern Fleiß, Leistungskraft, Kreativität und Verantwortungsbewußtsein, betonte Fröhlich-Sandner. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

7 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß der Rechnungsabschluß der städtischen Kindertagesheime vom Voranschlag ziemlich stark abweiche. So seien beispielsweise bei den Personalkosten um 15 Prozent weniger verbraucht worden als veranschlagt. Die Gesamtausgaben liegen, so Hirnschall, um 124 Millionen unter dem Voranschlag. Eine derartige Fehlbudgetierung, die möglicherweise auf Additionsfehler von 100 Millionen Schilling zurückzuführen ist, erscheint problematisch.

Im Bereich der Pflichtschulen machte Hirnschall den Vorschlag, körperbehinderte Kinder in die Normalschule zu integrieren und sie nicht, so wie bisher, gemeinsam mit geistig Behinderten in Sonderschulen zu unterrichten. Hirnschall schlug vor, junge Lehrer, die zur Zeit wenig Chancen haben, eine Anstellung zu finden, als Stützlehrer in Klassen einzusetzen, in denen dadurch kleine Gruppen von behinderten Kindern gemeinsam mit Nichtbehinderten unterrichtet werden könnten. Die damit verbundenen Ausgaben wären durchaus vertretbar. Mögliche räumliche Schwierigkeiten sind, wie Hirnschall feststellte, relativ leicht lösbar. Hirnschall forderte Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner auf, gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien die entsprechenden Maßnahmen zur Realisierung einer solchen Integration behinderter Kinder vorzubereiten. Allerdings bekannte sich Hirnschall dazu, daß Sonderschulen für Kinder mit schwereren Behinderungen nach wie vor unerlässlich sind. (Forts.) emw/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

8 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PUTZ (ÖVP) beklagte die Benachteiligung der im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen gegenüber den Jugendzentren der Stadt Wien. Die hohen Zuwendungen von über 55 Millionen stehen nach seiner Ansicht in einem krassen Mißverhältnis zu den insgesamt drei Millionen für die konfessionellen, politischen und überparteilichen Jugendorganisationen. Diese Ungleichgewichtung sei unhaltbar, weil damit privilegierte und nichtprivilegierte Klassen geschaffen werden. GR. Putz verwies auch darauf, daß das Kontrollamt die Kritik der Volkspartei etwa am Amerlinghaus voll bestätigt habe.

Das Wiener Ferienspiel wertete der Redner als wertvoll. Er warnte aber davor, daß sich dort Kräfte breit machen, die, von der Stadt Wien finanziell gefördert, Aktionen setzen, die pädagogisch nicht zu vertreten seien. GR. Putz nannte die Veranstaltung "Agora" und ersuchte Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, das Veranstaltungsprogramm zu überprüfen. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

13 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Persönlichkeitsformung und Chancengleichheit stehen im Mittelpunkt sozialistischer Bildungspolitik, betonte GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ). "Bildung lebenslang" beginne in den 20 Elternschulen, in 285 Kindergärten werden den Vorschulkindern sprachliche Fähigkeiten und soziales Verhalten vermittelt. Als besonderen Erfolg bezeichnete Stubenvoll die Senkung der Klassenschülerzahlen. In den 210 Wiener Volksschulen saßen 1983 durchschnittlich 24 Schüler pro Klasse.

Von den zahlreichen Schulversuchen hob Stubenvoll den an 13 öffentlichen Pflichtschulen durchgeführten Schulversuch "Ganztagsschule" hervor. Die Zahl der Anmeldungen zeige, daß dieser Schultyp von der Öffentlichkeit sehr begrüßt werde.

Für Schulbauten und deren Erhaltung wurden im Jahr 1983 180 Millionen Schilling ausgegeben, für die Ausstattung mit Lehrmitteln weitere 80 Millionen Schilling. Besondere Rechnung werde der Öffnung der Schulen nach außen getragen, indem Freizeit- und Jugendzentren in den Schulen untergebracht wurden. Die Schule sei als Zentrum der Begegnung zu verstehen.

Stubenvoll forderte für die Lehrlinge eine Erweiterung der Berufsschulzeit und mehr Allgemeinbildung, außerdem sei auch hier die Einführung von Leistungsgruppen zu befürworten. Für die Modernisierung der Wiener Berufsschulen wurden in den letzten zehn Jahren 3,9 Milliarden Schilling ausgegeben. Investitionsschwerpunkte waren 1983 die Anschaffung von Kleincomputern sowie Adaptierung und Neubau bzw. Planung moderner Schulgebäude. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

14 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Eine nicht mehr wegzudenkende Aufgabe in der außerschulischen Bildungsbetreuung erfüllen die Wiener Städtischen Büchereien, wobei vor allem die Betreuung älterer Menschen durch den "Hauslesedienst" und die Betreuung von Kindern in Krankenhäusern durch die "Büchertante" hervorzuheben sind. Großen Anklang findet auch die Aktion "Lesen im Park". (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

15 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. TRAINDL (ÖVP) sprach sich für eine verstärkte Vorsorge für die Gesundheit der Schuljugend aus. Gerade die Wiener Schuljugend leide oft unter Schäden der Atmungsorgane, unter Allergien, Hautkrankheiten, Haltungsschäden und auch unter psychischen Störungen. Die medizinische Betreuung der Schuljugend könne man als gut bezeichnen, es gelte jedoch, die verschiedenen Schäden gar nicht erst entstehen zu lassen. Daher müsse man mehr medizinische Präventivmaßnahmen ergreifen, vor allem aber auch die Umweltbedingungen verbessern, saubere Luft, reines Wasser und freie Lebensräume schaffen. Überdies müsse man die Jugend, aber auch die Eltern über alle drohenden Gefahren und die zur Bekämpfung nötigen Maßnahmen informieren. An sich begrüßenswerte Aktionen wie die Zeckenimpfung, die in diesem Jahr in den Schulen durchgeführt wurde, sollten von den Behörden nicht im Alleingang diktiert, sondern mit den Schulärzten und den Lehrern in demokratischer Weise abgesprochen werden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

16 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der Vierpunkte-Forderung der ÖVP betreffend das neue Jugendwohlfahrtsgesetz kritisierte GR. Leopoldine PFAUSER (SPö), daß man Institutionen, hinter denen Menschen stehen, die ein ausgeprägtes Bedürfnis hätten, anderen zu helfen - so zum Beispiel die Streetworker -, nicht abwerten sollte. Darüber hinaus seien die Mitarbeiter der Stadt Wien gerade im Bereich Familien- und Jugendarbeit bemüht, Entscheidungen immer zum Wohle des Kindes zu treffen, doch sei es in manchen Fällen aufgrund schwieriger Probleme nicht möglich, ein Kind im Familienverband oder bei der Mutter zu belassen. Ein Schwerpunkt sei daher auch die Werbung neuer Pflegefamilien, von denen es derzeit bereits 700 in Wien gibt. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

17 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) gab ihrer Freude darüber Ausdruck, daß sich die Kritik von GR. Dr. Hirnschall nur auf zwei Zahlen des Budgetvoranschlages beziehe, was bedeute, daß er alle übrigen Budgetposten positiv bewerte.

Zur Integration der Behinderten stellte Fröhlich-Sandner fest, daß in den städtischen Kindergärten bereits 10 bis 15 Prozent behinderte Kinder integriert sind. Die Integration sei aber ein Lernprozeß für Lehrer, Mitschüler und deren Eltern, der nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist. Zur Kritik von GR. Putz bezüglich der Zuwendungen für die Wiener Jugendzentren meinte Fröhlich-Sandner, daß der Einsatz dieser Mittel äußerst notwendig sei. Sie bekannte sich besonders zur therapeutischen Arbeit mit jungen Menschen, die der Gefahr unterliegen, den Anschluß an die Gemeinschaft zu verlieren. Hier benötige man geschultes Personal. Jugendorganisationen werden dann gefördert, wenn sie Projekte vorlegen, die über reine Freizeitgestaltung hinausgehen. Zur Kritik an der "Agora" meinte Fröhlich-Sandner, daß die von GR. Putz kritisierte pädagogische Unvertretbarkeit nicht gegeben sei. Die Stadt Wien bemühe sich in allen Bereichen, eine etwaige pädagogische Gefährdung von Kindern zu verhindern. (Forts.) emw/ap

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

18 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner bekannte sich zu der von GR. Traindl angesprochenen notwendigen Verbesserung der Umwelt sowie zu einer ausreichenden Gesundheitsvorsorge für Wiens Kinder. Sie wies auf die Prophylaxe hin, die bereits in den Kindergärten beginnt. Etwaige organisatorische Mängel bei der Durchführung der Zeckenschutzimpfung seien zwar bedauerlich, ändern aber nichts an der Tatsache, daß diese Impfkation im Interesse der Sicherheit der Kinder lebensnotwendig ist. (Forts.) emw/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

19 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Beim Wohnhausbau habe eine Schwerpunktverlagerung von Wohnhausanlagen auf der "Grünen Wiese" zu Bauten im gewachsenen Stadtgebiet stattgefunden. Dementsprechend stellt die Stadterneuerung einen großen Schwerpunkt in der Arbeit der Wiener Stadtverwaltung dar, leitete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) den Rechenschaftsbericht 1983 ein. Im vergangenen Jahr wurden 2.466 Gemeindewohnungen fertiggestellt, mit dem Bau von weiteren 1.512 Wohnungen wurde begonnen. Insgesamt bewilligte die Wiener Landesregierung 1983 Wohnbauförderungsdarlehen in der Höhe von 3,6 Milliarden Schilling für die Errichtung von 5.896 Wohneinheiten.

Der städtischen Wohnhäuserverwaltung standen aus den Erhaltungsbeiträgen 1,3 Milliarden Schilling für Instandsetzungs- und Renovierungsarbeiten zur Verfügung. Mit einem Darlehensvolumen von über einer Milliarde Schilling wurde die Verbesserung von 16.000 Wohnungen gefördert. Die neu eingerichteten Wohnungskommissionen als zusätzliche Serviceeinrichtung für Gemeindemieter und Wohnungssuchende haben sich ausgezeichnet bewährt.

1983 begannen auch die Vorbesprechungen für die Schaffung des Wiener Bodenbereitstellung und Stadterneuerungsfonds. Die Übernahme der Kontrolle der geförderten Wohnbauträger durch die Stadt Wien ist ebenfalls eine der 1983 eingeleiteten Reformmaßnahmen. Im Vergabewesen von Gemeindewohnungen traten ebenfalls einige wichtige Verbesserungen in Kraft. So werden jetzt neue Wohnungen schon lange vor ihrer Fertigstellung vergeben, damit dem künftigen Mieter ein gewisses Mitspracherecht bei der Endausstattung eingeräumt werden kann. Die Vormerkrichtlinien wurden dahingehend erweitert, daß Einzelpersonen leichter zu einer Gemeindewohnung kommen können.

(Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

20 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Hofmann kündigte an, daß dem Gemeinderat 1984 die endgültige Fassung des Stadtentwicklungsplanes vorgelegt werden wird. Im Bereich der U-Bahn-Planung wurde unter anderem an der Wientalquerung im Zuge der U 4 gearbeitet, die Trasse der U 3 in der Mariahilfer Straße und in der Inneren Stadt fixiert und die Planung der dritten U-Bahn-Bauphase weitergeführt. Wichtige Straßenplanungsarbeiten betrafen Verbesserungen der Westeinfahrt und des Gürtels sowie die A 24, also die Fortsetzung der Südost-Tangente in Richtung Hirschstetten. Mit dem Gemeinderatsbeschluß über den neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurde im vergangenen Jahr die generelle Planung für Donauinsel und Neue Donau abgeschlossen.

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

21 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) sagte, nachdem der soziale Wohnbau in Wien durch unerschwingliche Luxusgemeindebauten in die Sackgasse geraten sei, befinde sich nun auch der öffentlich geförderte Wohnbau in einer problematischen Entwicklung. Der Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, der eine "De facto-Koalition" zwischen SPö und ÖVP sei, führe in eine Sackgasse. Anstatt der Stadterneuerung zu dienen, scheine sich der Fonds zu einem Instrument für den Grundstückspoker im Bereich der Genossenschaften der beiden großen Parteien zu entwickeln. Durch Instrumentarien wie den Fonds, durch Geheimabsprachen zwischen den Großparteien wie beim U-Bahn-Bau werde auch die Wiener Bauwirtschaft geschädigt, und vermehrte Arbeitslosigkeit verursacht. Man solle daher endlich der Stadterneuerung wirklich Vorrang einräumen und zielführende Maßnahmen bei wirksamer Kontrolle treffen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

22 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Er hoffe, daß Finanzstadtrat MAYR den Bericht über die Gebarung der Erhaltungsbeiträge rechtzeitig im Herbst vorlege, erklärte Dkfm. HOTTER (ÖVP), andernfalls könne man der Gemeinde Wien einen "Körperbergelgeldvorwurf" nicht ersparen. Obwohl das Mietrechtsgesetz die Verwendung der Erhaltungsbeiträge eindeutig festlege, seien ihm Fälle bekannt, sagte Hotter, in denen das Geld widmungsfremd für Generalsanierungen von Wohnungen oder Sonderausstattungen verwendet würde und zu Lasten der Mieter verrechnet werde. Hotter brachte einen ANTRAG betreffend Überprüfung der städtischen Wohnhausverwaltung durch das Kontrollamt der Stadt Wien ein. Er begrüße, daß den Abrechnungen nunmehr ein Leitfaden - sozusagen eine Gebrauchsanweisung für Computerabrechnungen - beiliege, doch sei dies nur ein erster Schritt zur Transparenz und nötigen Information der Mieter. Hotter brachte einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG betreffend Verbesserungen bei der Betriebskosten-, Hauptmietzins- und Erhaltungsbeitragsabrechnung der Gemeindewohnungen ein. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

23 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAAS (SPö) bezog sich in seiner Wortmeldung auf den von Univ.-Prof. Dr. WURZER vorgestellten Entwurf zu einem neuen Stadtentwicklungsplan für Wien, der die Grundlage für Planungsüberlegungen im vergangenen Jahr darstellte. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich daraus ergeben, daß die Menschen heute besser ausgestattete Wohnungen mit entsprechender Infrastruktur benötigen, andererseits aber Grünland in der Großstadt nicht verbaut werden soll. Daher sei neben der Stadterneuerung auch eine Stadterweiterung nötig.

Projekte, an denen im Jahr 1983 gearbeitet wurde, waren, wie Haas anführte, die weitere Ausgestaltung des Donaubereiches, Überlegungen zur Fortführung der Südost-Tangente, Fragen des Areals Schwarzenbergplatz, die Bewältigung der Verkehrsprobleme während der U 3-Bauarbeiten sowie die Einbindung der Otto-Wagner-Brücke in das U-6-Projekt. Weiters wies Haas auf die Bedeutung des Ausbaus des Alberner Hafens hin und betonte, daß für die Bäume, die am "Sauhaufen" auf dem Areal von 30.000 m<sup>2</sup> gerodet wurden, ein Wald neben dem Neugebäude gepflanzt wurde. (Forts.) emw/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

24 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Er bewerte den Rechnungsabschluß 1983 als Fortschritt und gemeinsamen Schritt in Richtung Stadterneuerung, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Die letzten Jahre hätten eine Umorientierung, das Jahr 1983 habe eine Phase des Umdenkens von der Fertigteilbau- und Montagebauweise auf der "grünen Wiese" hin zur Verhinderung des drohenden Verfalls der innerstädtischen Bereiche gebracht. Zum Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds sagte Petrik, dieser könne das Mittel zu einer flexiblen Handhabung im Bereich der Neustrukturierung der Stadtplanung sein. Bestehende Verwaltungsstrukturen seien dazu zu starr gewesen. Die FPÖ mache den Fehler, kritisierte Petrik, nicht nur die rechtliche Konstruktion des Fonds in Frage zu stellen, sondern ihm von vornherein keine Chance zur Bewährung zu geben. In Anbetracht der Tatsache, daß von 821.000 Wohnungen rund 320.000 von Pensionisten bewohnt werden, sei die wirtschaftliche Kraft im Hinblick auf die Erneuerung und Sanierung des Altwohnungs- und Althausbestandes limitiert. Diese Häuser hätten somit nur eine bedingte Restnutzdauer, was in bestimmten Bezirken, die einen sanierungsbedürftigen Hausbestand von 40 bis 50 Prozent aufweisen, besonders kritisch sei. Petrik wies darauf hin, daß es gelte, den rund 70 Prozent privaten Hausbesitzern Anreize in Form von steuerlichen Absetzmöglichkeiten und einer Novellierung des Mietrechtsgesetzes zu schaffen. Bezugnehmend auf den Architektenwettbewerb "60 Jahre kommunaler Wohnbau" forderte Petrik die Einbindung auch der Oppositionsparteien als Beobachter. Kritik habe er, erklärte Petrik, auch daran zu üben, daß sich bei der Vergabe von Altgemeindewohnungen in der Praxis wenig geändert hätte. Die Richtlinien zur Vergabe weisen eine zu große Bandbreite auf, um eine konkrete Verbesserung erreichen zu können. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

27 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Eine Stadt muß ein lebendiges Gebilde sein, das sich ständig den geänderten Lebensbedingungen anpaßt, damit sich die Menschen wohl fühlen können, stellte GR. Rosa HEINZ (SPÖ) fest. War in vergangenen Jahrzehnten die Stadterweiterung vordringliche Aufgabe, so bildet heute die Stadterneuerung den Schwerpunkt in der Arbeit der Wiener Stadtverwaltung. Daß eine umfassende Stadterneuerung notwendig ist, resultiert aus dem sehr hohen Anteil von Althäusern an der Wiener Bausubstanz. Unter Stadterneuerung sei aber nicht nur die Verbesserung und Renovierung von Wohnbauten zu verstehen, sondern auch die Erneuerung von Erzeugungs- und Versorgungsbetrieben sowie die Anpassung der Infrastruktur an geänderte Bedürfnisse. All diese Maßnahmen könnten aber, so Heinz, nicht ohne Mitwirkung der Privatinitiative bewältigt werden.

Aus den Mitteln der großen Wohnungsverbesserung wurden bis jetzt rund 900 Personenaufzüge nachträglich eingebaut. Dies sei besonders zu begrüßen, da dadurch auch ältere Menschen, die in höheren Stockwerken wohnen, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Zum Vorwurf der ÖVP, daß durch die Höhe der Mieten für Gemeindewohnungen überdimensionale Mietrückstände zu verzeichnen sind, sagte Heinz, daß es Ende April 84 bei über 211.000 Gemeindewohnungen nur 13.725 Mietrückstände gegeben habe. Es könne auch der Vorwurf, daß gerade jene Mieter, die eine Wohnbeihilfe beziehen, die Miete schuldig bleiben, nicht aufrecht bleiben, weil es lediglich 788 Mieter waren, die trotz Wohnbeihilfe ihre Miete schuldig geblieben sind. (Forts.) lei/ap

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

28 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. HOFMANN nahm in seinem Schlußwort zu den Wortmeldungen seiner Vorredner Stellung. Zur von GR. Dr. PAWKOWICZ geforderten Kontrolle im geförderten Wohnbau sagte Hofmann, daß diese schon im Interesse der Mieter durchgeführt werde. Hofmann konzedierte mit Bezug auf die Wortmeldung von GR. Dkfm. HOTTER, daß es gewisse Anpassungsschwierigkeiten an das neue Mietrecht gebe, die jedoch in einem laufenden Anpassungsprozeß gelöst würden. Zu dem von GR. Dr. PETRIK aufgeworfenen Thema der Stadterneuerung sagte Hofmann, daß diese ohne vorhergehende Stadterweiterung nicht möglich geworden wäre. Im übrigen habe er bereits 1970 - als erster - die Stadterneuerung im Gemeinderat gefordert. Hofmann sagte, er bekenne sich auch zu den von manchen als luxuriös bezeichneten Gemeinschaftseinrichtungen im sozialen Wohnbau. Diese Einrichtungen tragen dazu bei, die Lebensqualität der Bewohner in einem Ausmaß zu verbessern, das weitgehende positive Veränderungen der Lebensverhältnisse bewirkt. (Forts.) gab/kg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

29 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) umriß die umfassenden Aufgaben des Gesundheitswesens, die über die medizinische Betreuung und Prophylaxe bis weit in den sozialen Bereich reichen. So wandte die Stadt Wien 1983 allein im Sozialbereich 2,7 Milliarden Schilling auf, wobei das Spektrum von der Betreuung alter Menschen über die Behindertenhilfe bis zur Flüchtlingshilfe reichte. Stacher verwies auch auf die Aktivitäten des Gesundheitsamtes, im besonderen auf die Bemühungen um die Säuglings- und Kleinkinderpflege, auf die verschiedenen Impfaktionen, etwa gegen Mumps und die Zeckenkrankheit, sowie die Gesundenuntersuchungen, die wieder im Ansteigen sind.

Im Bereich des AKH wurden 1983 seitens der Stadt Wien Investitionen von 1,085 Milliarden Schilling getätigt. Stacher forderte den möglichst raschen Weiterbau des Spitals, das eine Notwendigkeit für Wien darstelle. In den anderen Wiener Spitälern wurde die Infrastruktur und damit auch die Betreuung der Patienten verbessert. Stacher verwies darauf, daß es gelungen sei, die Verweildauer in den Wiener Spitälern zu senken, daß durch diese volkswirtschaftlich zweckmäßige Maßnahme allerdings wegen geringerer Leistungen der Krankenkassen der betriebswirtschaftliche Erfolg der Spitäler geschmälert wurde. Hier müsse für die Zukunft ein Kompromiß gefunden werden. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

30 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Das SMZ-Ost bezeichnete Stacher als nach wie vor notwendige Einrichtung für die Menschen in den nördlichen Bezirken Wiens. Im Bereich der Pflegeheimbetten gebe es derzeit einen Mangel, der jedoch durch verschiedene Maßnahmen gelindert werde.

Abschließend bekannte sich Stacher zu einem vernünftigen Mittelweg in der Gesundheitspolitik. Man müsse zwar unnötige Kosten vermeiden, jedoch stets um ein menschliches Gesundheitswesen bemüht sein. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

31 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Von einer "Renaissance der Forschung" bis zu "alternativen Nutzungsmöglichkeiten als Archiv, Bibliothek oder Bürohaus" hätten die Pressestimmen in den letzten Monaten das vielfältige Bouquet der Meinungen der ÖVP dokumentiert. Auch die FPÖ sei mit der Baudurchführung des AKH unzufrieden, könne es jedoch nicht verantworten, eine Baueinstellung zu fordern, sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Besonders zu bemängeln sei, daß es immer noch Rückstände in der Detailplanung gebe und Einsparungsmöglichkeiten nicht genutzt werden. Immerhin hätten aber Bund und Stadt Wien 1983 rund 2,25 Milliarden Schilling in den Bau des AKH investiert, weshalb eine derartige Forderung als destruktiv erscheinen müsse. Auch vor der Bevölkerung fände ein solches Verhalten kein Verständnis.

Positiv am Rechnungsabschluß dieser Geschäftsgruppe sei, sagte Hirnschall, daß die Personalstände im Pflege- und Medizinischen Bereich weiter aufgefüllt wurden.

Die FPÖ, betonte Hirnschall, begrüße die Genehmigung zur Errichtung der Paracelsusklinik. Ein Leistungswettbewerb auf diesem Sektor könne das Kostenbewußtsein und Tendenzen zur Rationalisierung auf dem medizinischen Sektor nur fördern. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

32 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) vertrat die Ansicht, daß das Gesundheitswesen - und hier vor allem der Spitalsbereich - einen wunden Punkt in der Politik der Stadt Wien darstelle. Es gebe zwar viele Akutspitäler, aber zu wenig Betten für chronisch Kranke, Pflegebedürftige und Rehabilitationsbedürftige.

Er kritisierte organisatorische Probleme im Bereich der MA 17, wo 10 Milliarden Schilling nach einem antiquierten Verwaltungssystem ausgegeben werden. Das sei nicht zweckmäßig, sondern unökonomisch, meinte Wagner, hier fehle es an Konzepten, und der Spitalszielplan sei nicht konkret. Enqueten würden abgehalten, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen. Als positive Ausnahme nannte Wagner hier den Transplantationsbereich. Wagner kritisierte, daß die Aufgliederung der Spitalskosten nicht funktionell sei und die tatsächliche Situation verschleierte, da eine Statistik über Leistungsdaten nicht vorliege. Er forderte dringend den Bau des SMZ-Ost. Wagner gab der Hoffnung Ausdruck, daß der AKH-Unterausschuß die unlösbar scheinenden Probleme des AKH klären werde. Den Neubau einer Paracelsusklinik halte er für problematisch. Wagner brachte einen BESCHLUSSANTRAG betreffend die Verbesserung der Leistungs- und Kostentransparenz bei den Wiener Spitalern ein. (Forts.) omw/ap

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

33 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Eveline ANDRLIK (SPö) verwies darauf, daß es in Wien durch eine offensive und umfassende Sozialpolitik gelungen sei, für viele ein menschenwürdigeres Dasein zu schaffen. Wer dies bestreite, betreibe bewußt Demagogie.

Die Sozialen Dienste wurden quantitativ und qualitativ ausgebaut. Pro Monat werden von den Stützpunkten zweitausend Menschen versorgt. Die Sozialen Stützpunkte sind aber auch Kommunikationszentren und Orte der Begegnung zwischen Alt und Jung.

Die Rednerin verwies darauf, daß die Flüchtlingshilfe durch die Stadt Wien von 1982 auf 1983 von 27 Millionen auf 57 Millionen gestiegen ist. 1983 mußten mehr als 18.000 Flüchtlinge betreut werden, 1982 waren es nur knapp über 10.000. GR. Andriik regte die Schaffung eines Bundesflüchtlingsfonds an, weil Wien nicht in der Lage sei, weiterhin allein für die Flüchtlinge aufzukommen.

Die Institution der Mobilen Krankenschwestern hat sich bewährt. Es gibt eine gute Zusammenarbeit zwischen den Schwestern, den Ärzten und der Spitälern. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

34 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Wien verfügt über ein funktionierendes Netz sozialer Dienste, stellte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) in seiner Wortmeldung fest. Dieses sei jedoch zu wenig, weil Sozialpolitik nicht nur vom Ressort Gesundheit und Soziales betrieben werden solle, sondern auch in anderen Geschäftsgruppen (Wohnbau, Wirtschaft, Umwelt usw.) verankert sein müßte. Es werde viel vom wirtschaftlichen Aufschwung gesprochen, dabei aber verschwiegen, daß gleichzeitig die Zahl der Armen stark angestiegen ist. Von 1982 auf 1983 erhöhten sich in Wien die Sozialfälle um 48 Prozent auf 170.000, für Sozialhilfen wurden 1983 gegenüber dem Voranschlag um 100 Millionen Schilling mehr ausgegeben.

Den Grund für die steigende Armut sieht Hawlik u.a. in der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Mieten sowie in der Verteuerung der Energie und der Lebensmittel. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Kostensteigerungen im kommunalen Wohnbau. So seien 1983 bei 15 Wohnbauten die Kosten zwischen 20 und 30 Prozent höher gewesen als veranschlagt. Vor allem müsse jungen Menschen durch den kommunalen Wohnbau zu erschwinglichen Wohnungen verholfen werden.

Hawlik forderte, die stark gestiegenen Ambulanzkosten zu senken. Er brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, der eine Einschränkung der Ambulanzen, Verbesserungen für niedergelassene Ärzte und neue Formen von Gesundheitseinrichtungen beinhaltet. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

35 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HUBER (SPÖ) nahm zu Problemen der Finanzierung des Gesundheitswesens in Wien Stellung. Huber wies dabei auf die Effizienz im Wiener Spitalswesen hin, konnte doch immerhin die Verweildauer pro Patient von 14,9 Tagen im Jahr 1975 auf den international beachtlichen Wert von 12,1 Tagen im Jahr 1984 gesenkt werden. Allerdings müsse man bei allen Rationalisierungsbestrebungen stets das Wohl der Patienten im Auge behalten, was eben auch eine ausreichende Anzahl von Ärzten und Schwestern und eine gute technische Ausstattung der Spitäler voraussetze. Immerhin verfüge Wien mit 20.500 Bediensteten im Spitalswesen diesbezüglich über eine sehr gute Relation von etwas mehr als einem Spitalsbediensteten pro Krankenhaus- oder Pflegeheimbett. Was die Wirtschaftlichkeit betreffe, so sei der Auslastungsgrad von 83,8 Prozent in den Wiener Spitälern ein guter Wert, der Spitzenwert im Krankenhaus Floridsdorf von 96 Prozent weise allerdings auf einen Mangel an Akut-Betten hin, der erst durch das SMZ-Ost behoben werden könne. Eine weitere Möglichkeit der Kostensenkung in den Wiener Spitälern liege vor allem in einer Reduktion der Fremdleistungen, die sich 1983 auf weit über zwei Milliarden Schilling beliefen. Es müßten alle Möglichkeiten zur Sparsamkeit in den Spitälern ausgeschöpft werden, schloß Huber, es müßten aber auch Lösungsmöglichkeiten zur Finanzierung der Fremdkosten im Wiener Spitalswesen gesucht werden. Über allem müsse jedoch die Humanität im Gesundheitswesen stehen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

36 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Er weigere sich, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), die Krankenanstalten zu "Buhmännern" der Nation stempeln zu lassen. Wenn man die Prozentanteile der Kostensteigerungen in den Krankenanstalten beachte, so müsse man zur Kenntnis nehmen, daß die Kosten gerade im Bereich der medizinischen Maßnahmen, wo die größten Leistungen erbracht werden, gestiegen seien.

Die Wiener öffentlichen Krankenanstalten bräuchten den ökonomischen Vergleich mit Privatspitälern nicht zu scheuen. Wenn gerade in diesem Bereich die Vereinigten Staaten von Amerika oft zitiert werden, so müsse man, erklärte Stacher, auch zur Kenntnis nehmen, daß laut einer Studie aus den USA die privaten Krankenanstalten für das öffentliche Gesundheitswesen teurer kämen als öffentliche Anstalten.

Enqueten hätten den Zweck, sowohl die Öffentlichkeit als auch das Fachpublikum zu informieren und zu mobilisieren, wie das beim Thema "Haltungsschäden" auch in die Praxis umgesetzt worden sei.

Zu dem Resolutionsantrag der ÖVP über Leistungs- und Kostentransparenz bei den Wiener Spitälern sagte Stacher, eine Aufstellung liege ihm bereits vor; sei jedoch noch nicht detailliert genug, um sie dem Gemeinderat vorzulegen.

Zum zweiten Resolutionsantrag der ÖVP betreffend die Einschränkung der Ambulanzen und eine Verbesserung für niedergelassene Ärzte merkte Stacher an, daß es auf Grund sozialer Umstrukturierungen, z. B. der 40-Stunden-Woche, den Hausarzt alter Prägung nicht mehr geben werde, die Errichtung von Gruppen- und Gemeinschaftspraxen aber forciert werde. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

37 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPö) betonte die zunehmende Bedeutung von Umweltfragen und bekannte sich dazu, daß dieser Problembereich nach einer breiten Zusammenarbeit verlangt. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß im Müllarbeitskreis Parteien, Handelskammer und Arbeiterkammer gemeinsam Lösungen suchen und daß auch die Zusammenarbeit mit Bundesländern und Bundesstellen gut ist. Allerdings müsse man bedenken, daß populäre Lösungen oft auch mit unpopulären Kosten verbunden sind. Nur eine faire Behandlung der Problematik - auch seitens kritischer Stimmen - kann zum Ziel führen. Grundsätzlich stellte Schieder fest, daß die Stadt Wien zahlreiche Umweltmaßnahmen setzt beziehungsweise bereits in Angriff genommen hat. "Wir stehen nicht hilflos vor der Katastrophe", sagte Schieder, der sich dazu bekannte, daß Lösungen zwar schnell getroffen werden müssen, daß man aber "Hals über Kopf" nichts kostengünstig und adäquat lösen kann. In der Folge führte Schieder an, was in den einzelnen Bereichen seines Ressorts an Maßnahmen gesetzt worden ist:

- o Grün: Grünprogramm und Alleenprogramm wurden fortgesetzt, Parks fertiggestellt, die Innenhofbegrünungsaktion verbessert, Salzstreuung wurde vermieden, Chemikalienanwendung in Kleingärten verboten, das Tümpelprogramm wird durchgeführt usw. Noch nicht gelöst werden konnten Fragen des richtigen Baumschnittes in der Stadt und der Erhaltung aussterbender Obstsorten.
- o Luft: Durchgeführt wird das Umstellungsprogramm der Stadtwerke und der weitere Fernwärmeausbau. Es gab Fortschritte bei der Luftüberwachung und im Meßnetz. Weitere Vorhaben sind der Einbau von Filtern in EBS und Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. Erfreulicherweise sind die SO<sub>2</sub> - Immissionen in Wien von 72,5 Milligramm/Kubikmeter (1978) auf 42,3 Milligramm/Kubikmeter (1983) Jahresmittelwert gesunken. (Forts.) emw/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

38 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL)

- o Saurer Regen: Hier wurden entscheidende Gespräche mit Wissenschaftlern und Bundesstellen geführt.
- o Müll: Das Müllkonzept ist so gut wie fertig, Initiativen zur Müllvermeidung wurden gesetzt, Gespräch mit dem Handel (z.B. Apotheken) über Sondermüll wurden geführt, eine Lösung für die Deponie Rautenweg wurde erarbeitet, ebenso für die Sanierung des Flötzersteiges, wobei hier noch die Frage der Rückstände nach der Rauchgaswäsche zu klären ist. Bemühungen um eine Sondermülldeponie fanden statt, wobei hier sowohl in Niederösterreich als auch am Wiener Stadtrand Bodenuntersuchungen durchgeführt wurden. Sollte es zu keiner gesamtösterreichischen Sondermülldeponie kommen, wird Wien spätestens im Sommer 1985 hier eine Entscheidung im eigenen Bereich treffen.
- o Sondermüll: Eine Deponie wird gesucht, die Verbrennung in der EBS wird durchgeführt.
- o EBS: wird saniert, und zwar unabhängig vom Bau des Kraftwerkes Hainburg.
- o Hainburg: Da das derzeitige DOKW-Projekt das Grundwasserwerk in der Lobau nicht sichert, kann Wien dem Projekt in der vorgesehenen Form nicht zustimmen, was aber keine PRINZIPIELLE Ablehnung der Errichtung eines Kraftwerkes im Raum Hainburg bedeutet.
- o Staustufe Wien: Ein Standort beim Wehr I müßte abgelehnt werden. Bei der Errichtung bei Kilometer 1920,8 (Staustufe 161,3) gäbe es keine Einwände.

(Forts.) emw/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

39 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Weiters wies Schieder darauf hin, daß angesichts der im Boden vorhandenen Chemikalien große Grundwasserprobleme bevorstehen, da heute bereits der kleinste Irrtum eines Firmenmitarbeiters eine Katastrophe für Jahre verursachen kann. Eine Studie über Nutzwasserverwendung wird ausgearbeitet. Der Bericht über die Umwelterhebung sei bereits in Druck. Beim Umweltveto sei es gelungen, die vielen anfallenden Fälle fast immer kollegial zu lösen. Die weiteren Arbeiten an der Donauinsel sind zügig vorangegangen. Das Bäderprogramm wurde fortgesetzt. Im Forstbereich wurden Waldschutzmaßnahmen gesetzt. Bei der Feuerwehr wird nach dem Fahrzeugausbauprogramm nun die Erneuerung der Nachrichtenübermittlungsanlagen in Angriff genommen. Einzig im Zivilschutz sei man etwas im Verzug, neue Statuten werden hier zu Jahresende vorgelegt.

Im Bereich der Informationspolitik hat sich die neue Form des "Tages der offenen Tür" bewährt, und weitere Verbesserungen, die statt einer bloßen "Veröffentlichungsarbeit" echte Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen, wurden vorgenommen. (Forts.)  
emw/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

40 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich der Ver- und Entsorgung bestehen berechtigte Sorgen, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Darauf, daß dieser Bereich dem Gemeinderat nicht entzogen wird, gründete sich seine Hoffnung. Allerdings, meinte Pawkowicz, durch Diskussion allein würden die Probleme nicht gelöst.

Der Redner verwies darauf, daß bei den Wasser- und Müllgebühren wesentlich mehr eingenommen wurde, als für diesen Bereich verwendet wurde. Allein im Bereich der Wasserversorgung betragen die Mehreinnahmen fast ein halbe Milliarde.

Auch GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) kritisierte, daß im Bereich der Ver- und Entsorgung durch die Gebührenerhöhungen große Mehreinnahmen zu verzeichnen waren, die nicht zweckgebunden verwendet wurden. Neubert verwies darauf, daß die Wasserversorgung gefährdet sei, da die beiden Hochquellenwasserleitungen dringend reparaturbedürftig seien. Auch das Kanalnetz befinde sich in einem schlechten Zustand. Als beschämend bezeichnete es der Redner, daß die Zahl der Senkgruben in Wien zunimmt. Die ÖVP anerkenne die Bemühungen von StR. Schieder, es fehle aber ein Gesamtkonzept. So stelle die Deponie Rautenweg eine Gefährdung für das Grundwasser dar.

GR. Neubert brachte eine ANFRAGE betreffend Erfassung der Wiener Altdeponien einschließlich bekannter sonstiger Verunreinigungen des Bodens ein. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

41 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Bäume sind heute in der Großstadt wichtiger denn je, sagte GR. VEJTISEK (SPÖ). Aus diesem Grund wurden auch 1983 in Parks und Straßen 8.071 Bäume neu gepflanzt und verschiedene Maßnahmen zur Rettung der Stadtbäume gesetzt. Die Magistratsabteilung 42 betreut über 73.000 Alleeebäume.

Der rechte Donaudamm ist weiter ausgebaut worden. Nach Fertigstellung wird die Donaupromenade ein 17 Kilometer langer Großpark von 53 Hektar sein. Bis Jahresende 1983 waren von der 21 Kilometer langen Donauinsel 17,6 Kilometer fertiggestellt. Im Nordteil konnte der Bau des Segelhafens und der Bau der Sekundärbrücke über die Neue Donau abgeschlossen werden. Vejtisek erinnerte an die seinerzeitige ablehnende Haltung der ÖVP gegenüber dem Projekt Donauinsel. Die große Zahl der Wiener, die dieses Naherholungsgebiet besuchen, beweist die Richtigkeit der Entscheidung, die Donauinsel als Freizeitgebiet auszubauen.

Als Mandatar des 20. Bezirks begrüßte Vejtisek die Fertigstellung des Hallenbades Brigittenau. Trotz der seit dem Jahre 1980, als das Hallenbad geplant wurde, erfolgten Kostensteigerungen konnten beim Bau gegenüber dem Voranschlag 10,5 Millionen Schilling eingespart werden. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

42 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. DKfm. Dr. WÖBER (ÖVP) befaßte sich mit den Zusammenhängen zwischen Wirtschaft und Umwelt. Wöber betonte, es müsse keinen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie geben, denn die Optimierung der Ressourcen liege oft im beiderseitigen Interesse. Man könne zur Bewältigung der Umweltbelastung Reparaturstrategien, eine Änderung des Konsumverhaltens und Integrationsstrategien unter Verwendung neuer Technologien heranziehen. Gerade letztere würden zahlreiche Möglichkeiten bieten, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Markt für die Produktion von Umwelteinrichtungen sei vorhanden, und gerade hier, im Bereich höher entwickelter Produkte, gäbe es Chancen für die österreichische Wirtschaft. Wöber forderte abschließend, die Stadt Wien möge an die "Innova" mit dem Anliegen herantreten, die Entwicklung von Produkten im Sinne des Umweltschutzes zu fördern. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

43 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) erklärte, daß der Presse- und Informationsdienst hervorragende Arbeit leiste. Das PID-Budget von 137 Millionen Schilling könne man nicht mit dem Budget der Magistratsabteilung 22 vergleichen, da diese Untersuchungen durchführt, Maßnahmen aber auf anderen Ausgabenposten bedeckt werden. Das gesamte Umweltbudget der Stadt Wien liegt, so Riedler, über der Milliardengrenze.

Beim Müll habe man es mit der Tatsache zu tun, daß zwar das Müllgewicht im Abnehmen, das Volumen aber im Zunehmen begriffen ist. Hier müsse man nach dem Verursacherprinzip verlangen, daß die Müllproduzenten (z.B. Verpackungsindustrie) bei der Lösung dieses Problems herangezogen werden.

Riedler bedauerte, daß die dritte Wiener Wasserleitung wegen der Einsprüche aus Niederösterreich noch nicht in Betrieb genommen werden kann.

Abschließend gab Riedler der Hoffnung Ausdruck, daß es trotz politischer Gegensätze gelingen werde, in Sachen Umweltschutz zu einer Zusammenarbeit auf breiter Basis zu kommen. (Forts.) emw/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Schlußwort StR. Mayr

=++++

44 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Man habe ihm, erklärte StR. MAYR (SPö) in seinem Schlußwort, den Ankauf von Wertpapieren vorgeworfen. Er sei aber nicht bereit, eine Finanzverwaltung zu führen, in der es nicht möglich sei, Reserven schnell flüssig zu machen. Die Rücklage aus der Wohnbauförderung sei zweckgebundenes, von der Stadt Wien treuhändig verwaltetes Geld, das einen optimalen Ertrag und gleichzeitig die Möglichkeit bringe, der Zinsertragssteuer zu entgehen. In der gegenwärtigen Situation, in der die Parteienlandschaft in Teilen der österreichischen Bevölkerung, insbesondere der Jugend, mit Mißtrauen betrachtet werde, müsse eine politische Diskussion so geführt werden, daß sie vor den Bürgern sachlich bestehen könne, betonte Mayr. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Abstimmung

=++++

45 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1983 wurde mit den Stimmen der SPö, die Erstellung des Inventars mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.

Im Laufe der Debatte waren 13 Anträge gestellt worden. Ein Dreiparteienantrag über Errichtung eines Bundesflüchtlingsfonds wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag der FPö und elf Anträge der ÖVP wurden einstimmig zugewiesen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 19.25 Uhr unterbrochen. Sie wird am Mittwoch mit der Debatte über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke fortgesetzt. (Schluß) fk/ap

NNNN

Schieder: Staustufe Wien bleibt unverändert (1)

=++++

25 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) "Ich bin froh darüber, daß die Wiener Volkspartei bezüglich einer Verlegung der Staustufe Wien in den Bereich zwischen Ostbahnbrücke und Reichsbrücke meine Bedenken teilt", erklärte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK hatte am Dienstag die Öffentlichkeit über derartige Pläne der DoKW informiert. Wie StR. Schieder versicherte, wurde in einem Gespräch zwischen Staatssekretär Dr. Erich SCHMIDT, den Stadträten MAYR und SCHIEDER sowie dem Generaldirektor der DoKW, KOBILKA, einvernehmlich festgehalten, daß die Staustufe Wien an der ursprünglich vorgesehenen Stelle bei der Freudenausbrücke, Stromkilometer 1920,8, allerdings mit einem Stauziel von 161 Metern verwirklicht wird. "Alle unsere Argumente gegen eine Verlegung der Staustufe wurden von den Verantwortlichen angenommen. Ein neuer Standpunkt wird von mir niemals akzeptiert, meines Wissens nach überlegt die DoKW auch gar keine Verlegung", betonte StR. Schieder. Er könne allerdings der DoKW nicht verbieten, Prüfungen durchzuführen, die sie für nötig halte, sagte Schieder.

Zum Mittwoch im Gemeinderat vorliegenden Akt einer Vereinbarung zwischen der Stadt Wien und der DoKW betreffend die Ausgestaltung des rechten Donauufers sagte Schieder vorsorgend, dieser Akt dürfe nicht zu Mißverständnissen führen. Es sei vorgesehen, daß die DoKW einstweilen die Erhöhungen am rechten Donauufer bis zur Höhe des "Wehr I" bezahlen werde. Das könnte bei einem "Nichtinformierten" den Eindruck erwecken, dies sei bereits eine Entscheidung für die Errichtung der "Wehrachse I". Das ist nicht der Fall, betonte Schieder. Die DoKW habe sich ausdrücklich bereit erklärt, sagte Schieder weiters, bis zu dem Punkt die Kosten zu übernehmen, bis zu dem auf jeden Fall, egal bei welcher Wehrachse, das rechte Donauufer erhöht werden muß. (Forts.) fk/ti.

Schieder: Staustufe Wien bleibt unverändert (2)

=++++

26 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Die DoKW gehe davon aus, sagte Schieder, daß noch keine formelle Entscheidung für die Wehrachse gefallen sei. Die Stadt Wien bestehe auf der Wehrachse bei Stromkilometer 1920,8, über die Erhöhung des Damms zwischen Wehr I und Stromkilometer 1920,8 am rechten Donauufer wird noch zu einem späteren Zeitpunkt eine Vereinbarung zu treffen sein. (Schluß) fk/ap